

Liebes Heidelberger Bündnis gegen TTIP, CETA, TiSA!

Vielen Dank für Ihr Anschreiben. Lassen Sie mich gleich zu Anfang sagen – ich teile Ihre Kritik und lehne dieses CETA-Abkommen ab. Hunderttausende Menschen in Deutschland und anderen Ländern Europas haben in den letzten Jahren gegen CETA, TISA, TTIP und gegen eine Fortsetzung der enthemmten Globalisierung demonstriert. Wir kämpfen an ihrer Seite dafür, dass diese Abkommen gestoppt und auf Grundlage sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Kriterien neu verhandelt werden.

Im Fall von CETA wollen wir alles dafür tun, damit das Abkommen in dieser Form nicht ratifiziert wird. Das steht wörtlich so in unserem [Wahlprogramm](#) auf S. 90. Das steht so auch in der Vielzahl unserer Beschlüsse. Als Grüne Bundestagsfraktion haben wir unsere Ablehnung des CETA-Vertragstextes oft zum Ausdruck gebracht, zuletzt im Rahmen einer [Stellungnahme nach Art. 23 Grundgesetz mit dem Titel „CETA ablehnen“](#). Genauso sieht es auch die grüne Fraktion im Europäischen Parlament, die dieses Abkommen im Januar 2017 abgelehnt hat.

Wir fordern einen Neustart bei TTIP, CETA, TISA und anderen solchen Abkommen, die von Anfang an transparent verhandelt und an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sein müssen. Wir formulieren klare grüne Kriterien für fairen Handel: Standards in den Bereichen Verbraucher*innenschutz, Arbeitsschutz, Umweltschutz, Datenschutz, soziale Sicherheit, kommunale Daseinsvorsorge, Kultur und Bildung müssen gestärkt werden und das Vorsorgeprinzip verankert sein. Das unterlegen wir in unserem [Antrag zu „Starken Schutzstandards – Ziel statt Zielscheibe moderner Handelspolitik“](#). Wir wollen die [Klageprivilegien für Investoren streichen](#), die durch Investor-Staat-Schiedsmechanismen geschaffen werden. Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen ein, vor dem Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen klagen können. Handelsabkommen sollten unter größtmöglicher Transparenz verhandelt werden. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss vor Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck geschützt werden; das konnten wir in unserem [Gutachten zur kommunalen Wasserwirtschaft](#) klar machen. Unser Handel mit ärmeren Ländern muss so aufgebaut werden, dass er zu ihrer nachhaltigen Entwicklung beiträgt.

Das Beispiel des Binnenmarkts der Europäischen Union zeigt, dass richtig ausgestalteter Handel Lebensqualität und Wohlstand steigern kann. Doch das Beispiel der EU zeigt auch: Fairer Handel braucht gute Rahmenbedingungen, klare Regeln und wirksame demokratische Kontrolle. Wir werben deshalb dafür, dass Handel auf starke Regeln statt auf einseitige Liberalisierung setzt. Nur so legt er das Fundament für eine faire globale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir sagen: Nur fairer Handel ist freier Handel! [So steht es in unserem Fraktionsbeschluss.](#)

Gerne beantworten wir hiermit Ihre Fragen an uns:

Zu Frage 1)

„Schließen Bündnis 90/ Die Grünen es verbindlich aus, sich an einer Koalition zu beteiligen, die CETA im Bundestag ratifizieren würde?“

Wie bereits oben geschrieben: Im Fall von CETA wollen wir alles dafür tun, damit das Abkommen in dieser Form nicht ratifiziert wird. Das steht so auch in unserem Wahlprogramm, das basisdemokratisch geschrieben und abgestimmt wurde.

Und auch nach der Wahl gilt bei uns: Basis ist Boss. Sollte es zu Koalitionsverhandlungen kommen, werden wir unseren Koalitionsvertrag unseren Mitgliedern in einer Urabstimmung vorlegen. Schwer vorstellbar, dass unsere Mitglieder anders als die Fraktionen im Bund und in der EU einem Koalitionsvertrag zustimmen, mit dem der vorliegende CETA-Vertragstext beschlossen wird.

Zu Frage 2)

- a) „Liegen Ihnen nachprüfbar Informationen vor derart, dass die grün geführte Landesregierung inzwischen verbindlich erklärt hat, CETA im Bundesrat stoppen zu helfen?“
- b) „Werden Sie sich beim grünen Bundesvorstand für eine solche Linie gegenüber Herrn Kretschmann einsetzen?“

Grundsätzlich kann in einem föderalen System eine Bundestagsfraktion nicht das Abstimmungsverhalten von Bundesländern garantieren.

Die grünen Landesverbände haben aber ihre Kritik an CETA klar und ausdrücklich formuliert. Wir wollen uns zusammen mit ihnen dafür einsetzen, dass CETA so nicht beschlossen, sondern neu verhandelt wird.

Zu Frage 3)

- c) „Wären Sie so freundlich, Frau Dröge um eine Kopie von deren Antwort an uns zu bitten? Wenn Sie uns anschließend noch zusätzliche Quellen nennen können, wäre uns ggfs. sehr geholfen.“

Herr Sadtler fragt in seinem Schreiben an MdB Katharina Dröge nach kritischen Rechtsgutachten gegen CETA / TISA und juristischer Widerlegung von Texten der CETA-Befürworter. Die Entscheidung, ob Herr Sadtler die Antwort von Frau Dröge mit Ihnen teilen möchte, möchten wir ihm überlassen. Weitere Analysen und Vermerke sind im Internet frei zugänglich.

Alle von uns in Auftrag gegebenen Gutachten können Sie über unsere Webseite abrufen. Hier der Überblick:

- Kurzgutachten „Zu Investitionsschutz und Investor-Staat-Streitbeilegung in TTIP“ von Prof. M. Krajewski, https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/Veranstaltungen/140505-TTIP/Kurzgutachten_Investitionsschutz_TTIP_Endfassung_layout.pdf (Mai 2014)
- Kurzgutachten „Anmerkungen zum Gutachten von Dr. Stephan Schill zu den Auswirkungen der Bestimmungen zum Investitionsschutz und zu den Investor-Staat-Schiedsverfahren im Entwurf des CETA auf den Handlungsspielraum des Gesetzgebers“ von Prof. M. Krajewski, https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/EU-

[USA Freihandelsabkommen/Thesenpapier Klageprivilegien in CETA.PDF](#)
(September 2014)

- Gutachten „Urheberrechte in CETA“ von H. Lahmann, https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/digitale_buergerrechte/Kurzgutachten_Urheberrechte_in_CETA.pdf (Dezember 2014)
- Gutachten „Freihandel – Einfallstor für die Agro-Gentechnik. Auswirkungen von CETA und TTIP auf die EU-Regelungen im Bereich der Landwirtschaft – eine kritische Betrachtung“ von Dr. C. Then, https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/gentechnik/150112_Studie_TTIP_CETA_Gentechnik_Gruene_Bundestag_.pdf (2015)
- Rechtsgutachten „TTIP und Kultur“ von Prof. H.-G. Dederer, https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/EU-USA_Freihandelsabkommen/Gutachten_TTIP_Kultur.pdf (Februar 2015)
- Rechtsgutachten „Möglichen Verstöße gegen Investitionsschutzregelungen des Freihandelsabkommens CETA durch Maßnahmen der kommunalen Wasserwirtschaft, ISDS-Schiedsgerichtsverfahren und Haftungsfragen“ von Prof. S. R. Laskowski, https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/EU-USA_Freihandelsabkommen/Laskowski_Gutachten_20_09_2016.pdf (September 2016)
- Kurzgutachten „Kurzbewertung der Gemeinsamen Auslegungserklärung zum CETA insbesondere mit Blick auf den Investitionsschutz“ von Prof. M. Krajewski, https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/EU-USA_Freihandelsabkommen/Kurzbewertung_der_Gemeinsamen_Auslegungserkl%C3%A4rung_zum_CETA.pdf (Oktober 2016)

d) „Sollte das Antwortschreiben des Herrn Machnig vom 14.7.2016 nicht juristisch überprüft worden sein, so fragen wir: Warum nicht?“

Im parlamentarischen Geschäft stellen wir sehr viele so genannte Kleine Anfragen an die Bundesregierung. Das von Ihnen genannte Schreiben von Herrn Machnig stellt die Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage zu den Auswirkungen von CETA auf die kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere die Wasserwirtschaft, dar (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/091/1809193.pdf>).

Erst 2009 wieder befand das Bundesverfassungsgericht, dass die Bundesregierung diese parlamentarischen Fragen vollständig und wahrheitsgemäß beantworten muss. Die Antworten analysieren wir mit kritischem Blick und ziehen die Bundesregierung dafür politisch zur Verantwortung. In der Frage der kommunalen Daseinsvorsorge ließen wir zu dem ein eigenes Gutachten anfertigen (s. oben, Gutachten von Prof. Laskowski). Gestützt darauf forderten wir die Bundesregierung auf, CETA nicht zuzustimmen. Mehr dazu finden Sie in diesem Online-Artikel: <https://www.gruene-bundestag.de/kommunen/risiken-fuer-die-daseinsvorsorge-wie-sicher-bleibt-unser-wasser-21-09-2016.html>.

Neben der politischen Auseinandersetzung wird derzeit auch eine rechtliche Auseinandersetzung über die Verfassungskonformität von CETA vor dem Bundesverfassungsgericht geführt. Wir verfolgen dieses Verfahren sehr eng.

Vor allem aber ist CETA ein politisches Abkommen, das schon aus demokratischen Gründen politisch – d.h. über das Parlament, den Bundestag (bzw. das Europäische Parlament) – gestoppt werden sollte. Nicht die Gerichte, sondern wir Bürgerinnen und Bürger müssen in unserem Land diese politischen Entscheidungen treffen. Und wir haben dazu ganz offensichtlich die Möglichkeit: mit unserer Stimme am 24. September.